



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/166

A09

19. September 2022

Seite 1 von 4

Telefon 0211 871-2579

Telefax 0211 871-162579

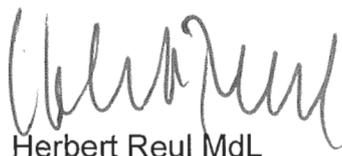
für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 22. September 2022
Antrag der Fraktion der FDP vom 12. September 2022
„Rechte Bedrohungen nur erfunden? Grüner Stadtrat in Erkelenz soll rechte Morddrohungen und andere Straftaten vorgetäuscht haben“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Rechte Bedrohungen nur erfunden? Grüner Stadtrat in Erkelenz soll rechte Morddrohungen und andere Straftaten vorgetäuscht haben“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 22.09.2022
zu dem Tagesordnungspunkt „Rechte Bedrohungen nur erfunden?
Grüner Stadtrat in Erkelenz soll rechte Morddrohungen und andere
Straftaten vorgetäuscht haben“**

Antrag der Fraktion der FDP vom 12. September 2022

Im Rahmen der Bearbeitung des der Berichtsbitte zugrundeliegenden Sachverhaltes wurden bei der Polizei Nordrhein-Westfalen diverse Maßnahmen im Bereich der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung umgesetzt. Hierbei handelte es sich um Schutzmaßnahmen bzgl. der angeblich gefährdeten Person sowie der Wohnadresse des Stadtratsmitglieds. Zudem wurden diverse Opferschutzmaßnahmen, wie Sensibilisierungsgespräche, durchgeführt sowie mehrere Angebote zur Schwachstellenanalyse der Wohnörtlichkeit unterbreitet bzw. durchgeführt. Des Weiteren fielen Arbeitsstunden durch mehrere qualifizierte Spurensicherungen und später -auswertungen an den jeweiligen Tatörtlichkeiten an. In diesem Zusammenhang wurden bei den Tatortarbeiten diverse Haus- und Zeugenbefragungen durchgeführt. Bei den Durchsuchungsmaßnahmen in der Wohnung des Beschuldigten fielen weitere Einsatzstunden an. Ferner wurden diverse Vernehmungen beim Zeugen und späteren Beschuldigten durchgeführt. Wie viele Personalstunden bei allen beteiligten Dienststellen insgesamt angefallen sind, lässt sich nicht konkret beziffern.

Die statistische Erfassung „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) erfolgt bundesweit einheitlich auf der Grundlage des im Jahr 2001 von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschlossenen Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“, welcher zur Beantwortung der Frage als Datenquelle diene.

Allerdings ist die Erhebung der Fallzahlen für das Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen, weshalb die in diesem Bericht angegebenen Fallzahlen als vorläufig zu betrachten sind.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität für den Kreis Heinsberg können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen.



KPB Heinsberg	PMK - ausländische Ideologie			PMK - links			PMK - rechts		
	An- zahl	ge- klärt	geklärt in %	An- zahl	ge- klärt	geklärt in %	An- zahl	ge- klärt	geklärt in %
2019	0	0	0,0	24	5	20,8	58	16	27,6
2020	1	0	0,0	50	19	38,0	30	5	16,7
2021	1	1	100,0	38	5	13,2	38	16	42,1
2022 (bis 13.09.)	5	1	20,0	30	3	10,0	24	4	16,7
Summe Gesamt	7	2	-	142	32	-	150	41	-
KPB Heinsberg	PMK - religiöse Ideologie			PMK - nicht zuzuordnen			PMK - Gesamt		
	An- zahl	ge- klärt	geklärt in %	An- zahl	ge- klärt	geklärt in %	An- zahl	ge- klärt	geklärt in %
2019	0	0	0,0	6	3	50,0	88	24	27,3
2020	0	0	0,0	11	3	27,3	92	27	29,3
2021	2	1	50,0	12	1	8,3	91	24	26,4
2022 (bis 13.09.)	2	1	50,0	16	5	31,3	77	14	18,2
Summe Gesamt	4	2	-	45	12	-	348	89	-

Die Beantwortung der Fragen erfolgt auf Grundlage des Themenfeldes „Straftaten gegen Amts-/Mandatsträger“. Diese Begrifflichkeit wurde 2016 im KPMD-PMK eingeführt. Eine Unterteilung in Kommune, Land und Bund erfolgte bundesweit aber erst ab 2019.

Eine Auswertung hinsichtlich aller landes- und bundesweit begangenen Bedrohungsdelikte (§ 241 StGB) gegen hauptamtliche und ehrenamtliche Mandatsträger aus dem Kreis Heinsberg ist nicht möglich, da es sich um eine bundesweite Statistik handelt und ausschließlich Straftaten in der statistischen Erfassung für das Land Nordrhein-Westfalen seitens des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen ausgewertet werden können.

Eine händische landesweite Auswertung der Daten im Zusammenhang mit Bedrohungsdelikten gegen Amts- und Mandatsträger aus dem Kreis



Heinsberg in der statistischen Erfassung für das Land Nordrhein-Westfalen war in der zur Erstellung des Berichts zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Seite 4 von 4

Aus diesem Grund wurden ausschließlich Bedrohungen gegen haupt- und ehrenamtliche Mandatsträger erhoben, deren Tatort im Kreis Heinsberg lagen. Diese Erhebung ergab im Zeitraum 01.01.2017 bis zum 15.09.2022 keinen Bedrohungstatbestand gegen Amts- und Mandatsträger.